

Doro aus Wiesbaden
Ostermarsch Mainz-
Wiesbaden 2019
Foto: Harald Gewehr



Editorial

„Marschieren wir gegen den Osten - NEIN! Marschieren wir gegen den Westen? - NEIN!“ So sang Doro (Bild links) Jahr für Jahr beim Ostermarsch. Bis auf... ja, bis auf 2020. Da sind wir gar nicht marschiert. Während wir dieses Friedlicht gestalten, steht die Welt im

Zeichen der Corona-Krise. Wie es danach gesundheitlich, politisch, sozial und wirtschaftlich weitergehen wird, wissen wir nicht. Gründe für Ostermärsche und andere Friedensdemonstrationen gibt es zu Tausenden.

Der Krieg in Syrien ist vielen noch bewusst, aber wer spricht über Mali? Was ist los im Jemen? Libyen? Venezuela? ...

Es ist zu befürchten, dass die Corona-Pandemie ausgenutzt wird, lange Geplantes durchzusetzen, egal ob neue Überwachungsmaßnahmen, militärische und zivile Zwangsdienste oder die Abschaffung des Bargelds.

So soll nun die Bundeswehr im Inneren eingesetzt werden. Es

geht nicht nur um logistische Hilfe für Behörden, sondern um exekutive Funktionen, um die Ausübung von bewaffneter Gewalt. Für Polizeiaufgaben ist Militär weder ausgebildet noch verfassungsrechtlich vorgesehen. Wir wissen aus Erfahrung, dass angeblich nur für eine bestimmte Ausnahme-situation beschlossene Maßnahmen sehr häufig dauerhaft bleiben. In Frankreich hat Macron den Notstand aufgehoben, aber Notstandsbestimmungen wurden Gesetz. Der völkerrechtswidrige Kosovo-Krieg, damals als einmalige Ausnahme verkauft, wurde stattdessen zum Präzedenzfall.

Corona-Schutzmaßnahmen sind nötig. Das heißt nicht, dass wir bereit sind, auf grundlegende Menschenrechte zu verzichten. Wir denken an die Menschen ohne Obdach, deren Schutzmaßnahmen gerade erst zögerlich anlaufen. Wir denken an Menschen, die aufgrund ihrer prekären Beschäftigungen ihre Jobs und damit auch ihre Wohnungen verlieren könnten. Wir denken an und empören uns über... Was nützt es, wenn Menschen in Idlib oder auf Lesbos einfach krepieren?

Macron und Trump verkünden: „Wir sind im Krieg“. Ja, das sind wir. Fast überall auf der Welt, aber nicht im Zusammenhang mit Corona. Kriege sind von Menschen gemacht.

Wir hoffen, dass wir aus der Krise etwas lernen oder gelernt haben: Solidarität und Menschenrechte sind auch in einer globalisierten und durchökonomisierten Welt nicht verhandelbar, auch nicht in Krisenzeiten. Auch wenn Viren nicht menschengemacht sind, steht gerade die Corona-Pandemie mit dem globalisierten Wirtschaftssystem in engem Zusammenhang. Wir müssen über Grundlagen der Wirtschaftsordnung nachdenken: z.B. ein Gesundheitssystem, das nicht mehr der Profitgier untergeordnet werden darf, mit guter Bezahlung und humanen Arbeitszeiten; regionale Produktion statt ökologisch widersinniger globaler Lieferketten; sinnvolle Verteilung von Arbeit und (Grund-)Einkommen. Welche ökonomischen Aktivitäten werden wirklich gebraucht und sind ökologisch vertretbar? Arbeitszeitverkürzung und Entschleunigung auch nach Corona wären nicht nur wünschenswert, sondern sogar notwendig.

Ach... und... auch wenn die Krise vorbei zu sein scheint, wenn Ihr dieses Friedlicht in den Händen haltet:

Hygiene schadet nie! Wascht Euch die Hände! :-)

Eure Friedlicht-Home-Office-Redaktion

Braucht Frieden Militär? Die Militärintervention in Mali

Seit dem Ende des Ost-West-Konfliktes ist die Anzahl bewaffneter Konflikte enorm angestiegen. Mehrere Kriege können dank neuester Waffentechnologie gleichzeitig geführt werden, und immer mehr irreguläre GewaltakteurInnen werden zu den zentralen Kriegsfiguren jüngster Auseinandersetzungen. Die Gewalt wendet sich zunehmend gegen die Zivilbevölkerung, und der Krieg wird oftmals durch organisierte Kriminalität finanziert.

Während der Syrienkonflikt noch relativ

präsent in unseren Köpfen ist, sind gewaltsame Konflikte wie beispielsweise in Libyen schon fast in Vergessenheit geraten. Wenn über diesen Konflikt berichtet wird, dann meistens im Zusammenhang mit der Flüchtlingskrise, dem Mittelmeer und der Seenotrettung. Aber dass die Folgen dieses Konfliktes weitaus größer sind und zum wohl gefährlichsten Auslandseinsatz der Bundeswehr geführt haben, findet kaum Erwähnung in den Medien. Kaum einer spricht oder schreibt über den schon seit fast ei-

nem Jahrzehnt anhaltenden Konflikt in der Sahelregion. Der Konflikt in der Sahelregion erstreckt sich über Zentral- und Westafrika vom Senegal über Mali und Burkina Faso nach Niger. Hintergrund dieses Konfliktes ist die Eroberung Nordmalis durch separatistische und dschihadistische Rebellengruppen und der Sturz des damaligen malischen Präsidenten. Diese Entwicklungen führten letztlich zu einem internationalen Militäreinsatz, der bis heute anhält. Neben Frankreich als internationaler

HauptakteurIn, gehört die Bundeswehr im Rahmen der EU-Trainingsmission und der NATO, in der Sahelregion zu den wesentlichen Truppenstellern dieses Einsatzes.

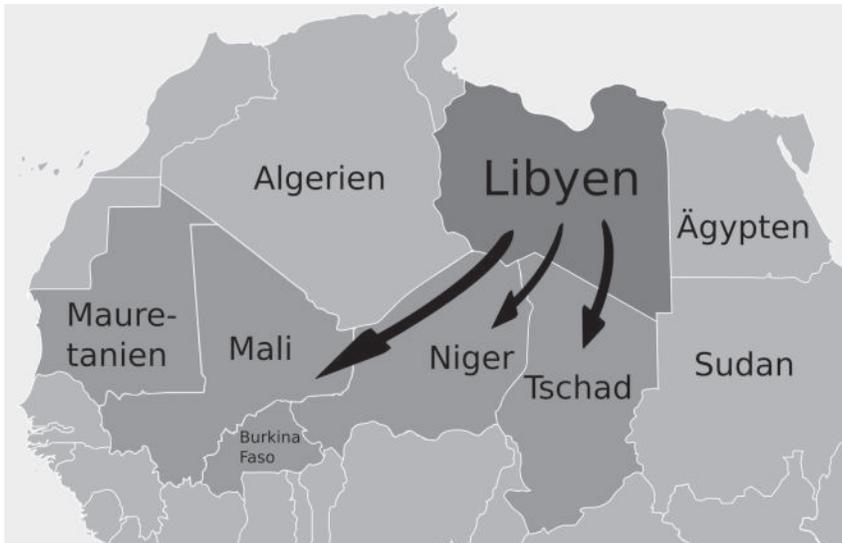
Hintergrund

Seit 2012 herrscht in dem westafrikanischen Land Mali ein gewaltsamer Konflikt. Dieser hat sich mittlerweile zu einem Flächenbrand über die gesamte Sahelregion ausgebreitet. Als ehemalige Kolonialmacht intervenierten französische Streitkräfte 2013 im Rahmen der Mission *Opération Serval* im Norden Malis, um die von Rebellen besetzte Azawad Region im Norden Malis zurückzuerobern. Heute, fast acht Jahre später, ist Mali ein Schauplatz bewaffneter Rebellenorganisationen, dschihadistischer und islamistischer Gruppierungen,

internationaler und malischer Truppen. Trotz eines geschlossenen Friedensvertrages, einer Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen und einer von EU-Ländern geführten Trainingsmission ist keine Stabilisierung der Region in Sicht. Im Norden hat sich ein autonomer Staat, geführt von Tuareg-Rebellen, gebildet und dschihadistische Gruppen breiten sich in der gesamten Sahelregion aus. Die Situation im Sahel verschlimmert sich stetig und die Sicherheitslage verschlechtert sich täglich. Es kommt vermehrt zu Anschlägen und Massakern an der Zivilbevölkerung.

Auslöser des Mali-Konfliktes war der Sturz des Gaddafi-Regimes 2012 in Libyen. Die malischen Tuareg-Kämpfer, die vom damaligen libyschen Machthaber Muammar al-Gaddafi rekrutiert wurden und auf dessen Seite kämpften, kehrten nach dem Sturz des Regimes mit hochmodernen Waffen zurück nach Mali. Binnen kurzer Zeit eroberte die separatistische Tuareg Bewegung, *Mouvement National pour la Libération de l'Azawad* (MNLA) mithilfe dschihadistischer Gruppen den Norden Malis. Die Besetzung des Nordens durch bewaffnete Rebellenorganisationen löste einen Militärputsch in der Hauptstadt Bamako aus. Präsident Amadou Toumani Touré wurde von einer Gruppe von Unteroffizieren des malischen Militärs gestürzt. Daraufhin kam es zum Staatszerfall. 2013 verschlimmerte sich die militärische Lage in Mali zusehends. Die RebellInnengruppen, die primär aus Dschihadisten bestehen, rückten immer weiter in den Süden vor. Auf Bitten der malischen Zentralregierung griff am 11. Januar 2013 Frankreich militärisch ein. Binnen kurzer Zeit gelang es den französischen Streitkräften

die Städte Timbuktu und Gao aus der Gewalt der Dschihadisten zu befreien. Neben Frankreichs Mission wurde 2013 eine Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen ins Leben gerufen, die sogenannte Mission *Multidimensionnelle Intégrée des Nations unies pour la stabilisation au Mali* (Minusma). Diese VN-Stabilisierungsmission umfasst 12.000 Blau-



helmsoldatInnen und 1.200 PolizistInnen, davon sind 1.100 BundeswehrsoldatInnen. Dieses Mandat erlaubt den Einsatz von Waffen und wird als gefährlichste Blauhelmission der Welt eingestuft. Ziel dieses Einsatzes ist die Sicherung und Stabilisierung der gesamten Region, sowie der Schutz der Zivilbevölkerung und der Menschenrechte. Minusma erstreckt sich auf die gesamte Sahelregion. Neben Minusma ist auch eine europäische Trainingsmission vor Ort, die *European Training Mission Mali*. Diese Mission hat zum Ziel, die Integrität und Stabilität Malis wiederherzustellen.

Die Bundeswehr stellt mit 150 SoldatInnen die größte Anzahl von Streitkräften in dieser Mission dar. Die Bundeswehr bezeichnet ihre Rolle selbst als reine Ausbildungsmission des malischen Militärs. Neben internationalen Zusammenschlüssen sind französische Truppen mit der 2014 ins Leben gerufenen *Opération Barkhane* weiterhin vor Ort. *Barkhane* ist die Nachfolgemission von *Serval* und dient zur Bekämpfung von Terrorismus in der Sahelregion. Unter anderem wurde 2015 ein Friedensabkommen geschlossen. Das Vermittlungskomitee setzte sich aus Algerien, der EU, der NATO, der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Organisation für islamische Zusammenarbeit zusammen.

Kein Ende in Sicht!

Heute, sieben Jahre nach der internationalen Intervention in Mali, zeigt sich ein Land mit einer prekären Sicherheitslage, in dem ein irregulärer Krieg entstanden ist, der aus einem Gewirr unterschiedlichster AkteurInnen besteht. KritikerInnen sehen die internationale Militärinter-

vention als Auslöser für den Status quo heute in Mali. Die Menschen des Landes sind die Leidtragenden dieses Krieges. Deren Unmut über die Situation drückt sich unter anderem in einer anti-französischen Haltung aus. Darüber hinaus haben sich Ressentiments zwischen dem Süden und dem Norden Malis entwickelt. Zudem nimmt die gesetzlose Gewalt stetig zu, unterschiedliche Rebellenorganisationen konkurrieren um die Hegemonie und Kontrolle der Drogenschmuggelroute und deren Erlöse, wodurch es zu ständig wechselnden Bündnissen der RebellInnen kommt. Problematisch an dem in Algier 2015 ausgehandelten Friedensabkommen ist zum einen das Nichteinbeziehen dschihadistischer Gruppen und zum anderen die mangelnde aktive Rolle des malischen Staates während der Verhandlungen. Die

Kritik am Friedensabkommen ist, dass durch den Friedensprozess der Drogenhandel und die Straflosigkeit für alltägliche Gewalttaten weiter gefördert werde und dieses Abkommen den Interessen des Westens unterliege. Es scheint so, als sei keine der Konfliktparteien ernsthaft an Frieden interessiert, sondern nutze dieses Abkommen, um eigene Machtinteressen zu verwirklichen. Die Zivilbevölkerung in Mali leidet unter dem anhaltenden Konflikt und sehnt sich, nach knapp einem Jahrzehnt Krieg, nach Frieden. Die aktuelle Lage verschlimmert sich weiter und ein Ende ist nicht in Sicht.

Auch hier in der Sahelregion stellt sich die Frage, kann Militär Frieden bringen? Die Situation in Mali zeigt deutlich, dass das militärische Eingreifen Frankreichs in Mali zu einem das Land enorm destabilisiert hat und zum anderen einen Konflikt ins Rollen gebracht hat, der sich über die Grenzen Malis ausgebreitet hat und unkontrollierbar geworden ist. Das Eingreifen der NATO und der EU hat die Situation weiter verschärft – das Produkt – Gewalt und Hass. Die Folgen des Afghanistan- oder auch des Irakkrieges sollten eigentlich deutlich gemacht haben, welches schreckliche Ausmaß und Unheil Militärinterventionen, vor allem der „War on Terror“, mit sich bringen. Der Krieg gegen Libyen hat seit 2011 nicht nur Libyen in ein Schlachtfeld verwandelt, sondern einen weiteren Krieg entfacht. Statt Frieden zu schaffen, hat das Intervenieren internationaler AkteurInnen im Nahen und Mittleren Osten, wie auch im Sahel, eine ganze Region in Flammen aufgehen lassen, die bis heute lodern.

Flüchtlingslager als gefährlicher Nährboden für SARS-CoV-2

Die Corona-Pandemie dominiert die Medien und unseren Alltag, während wir dieses Friedlicht gestalten. Kontaktverbot, zu Hause bleiben und sich an die Maßnahmen halten, damit das Gesundheitssystem nicht überlastet wird, aber was ist mit den Menschen, die auf engstem Raum zusammen leben – die in keinem Einfamilienhaus leben, keinen Garten haben oder ein eigenes Zimmer und deren medizinische Versorgung katastrophal ist?

Auf der griechischen Insel Lesbos befindet sich das Flüchtlingslager Moria. Dort hausen ca. 20.000 Menschen, obwohl dieses Camp eigentlich nur für 3.000 Menschen gedacht ist. Die Lage dort ist prekär. Die Menschen leben unter beengten und unhygienischen Bedingungen, es mangelt an Wasser und die medizinische Versorgung ist schlecht. Ähnlich sieht die Lage im Nordwesten Syriens, in Idlib, aus. Idlib ist das letzte große Rebellengebiet, in dem drei

Millionen Geflüchtete leben. Bisher gab es noch keine Meldungen, dass es in Moria und Idlib Corona-Infizierte gebe, aber das kann auch daran liegen, dass die Menschen dort nicht getestet wurden. In beiden Lagern hätte das Virus einen idealen Nährboden. Sollte sich das Coronavirus dort ausbreiten, könnten die Camps zur Todesfalle vieler Menschen werden.

Da sich die Maßnahmen, die momentan in Deutschland verordnet wurden, weder in Moria noch in Idlib umsetzen lassen, müssen diese Menschen evakuiert werden und damit aus den Lagern befreit werden. Die Menschen in den Lagern haben das gleiche Recht auf Unterstützung sowie auf hygienische und medizinische Versorgung. Die Ungerechtigkeit und Paradoxie zeigen sich deutlich. Während in Griechenland eine Ausgangssperre verhängt wurde, leben in Moria 20.000 Menschen auf engstem Raum, wo sich nicht einmal die Abstandsein-

haltung von zwei Metern umsetzen ließe. „Hier wird mit zweierlei Maß gemessen“. Deshalb müssen diese Menschen evakuiert werden, noch dringlicher als je zuvor. Die EU hat sich stattdessen auf Erdogans Erpressungspolitik eingelassen, und die finanzielle Unterstützung des 2016 geschlossenen Flüchtlingspaktes erhöht, nachdem die Türkei Ende Februar die Grenzen zu Bulgarien und Griechenland öffnete. Damit bleiben die Tore zur Festung Europa weiterhin geschlossen. Durch die Militarisierung der Grenzen und die Versicherheitlichung und Kriminalisierung von Migration wurden riesige Gefängnisse geschaffen, in denen die Menschen festsitzen. Die europäische Migrationspolitik und die internationale Staatengemeinschaft könnten schon bald für eine humanitäre Katastrophe und für den Tod hunderter Menschen verantwortlich sein.

Laila Weiß

Kolumbien: Von der Erinnerungskultur zur Konfliktleugnung

Erinnerungskultur ist in Deutschland ein sehr relevantes Thema. Verbrechen wie die Pogromnacht oder die schrecklichen Genozide wie die Shoah und der Porajmos erinnern an eine Tragödie der Menschheit. Es gibt in Deutschland keine Rechtfertigung, um diese Episode der Geschichte zu leugnen. Holocaustverneinung ist eine Straftat.

Aber die Wichtigkeit der Erinnerungskultur wird leider nicht in jedem Land geschätzt. Der kolumbianische Konflikt mag nicht das Ausmaß des Holocausts gehabt haben, aber er gilt auch als einer der blutigsten Kriege in der jüngsten Geschichte. Mehr als 50 Jahre Krieg, 220.000 Tote, 80.000 „desaparecidos“ (Verschwundene), und über 6.000.000 Binnengeflüchtete kann man aus der Geschichte nicht einfach streichen. Diese Zahlen stammen aus dem *Centro Nacional de Memoria Histórica* (CNMH, auf Spanisch: Nationales Zentrum für Erinnerungskultur), dessen Forschungen und Berichte heutzutage als die wichtigsten Quellen über den bewaffneten Konflikt in Kolumbien gelten. Zu diesem Zweck haben zahlreiche Organisationen von Opfern des Konfliktes dem Dokumentationszentrum ihre Aussage bzw. die Geschichte ihrer Erlebnisse im Kontext des Konfliktes abgegeben. Deshalb ist es enorm wichtig, dass diese Informationen und Geschichten nicht in Hände der Feinde des Friedens geraten und damit für immer verloren gehen.

Durch die Regierung des gegenwärtigen Präsidenten Iván Duque kam es zu einem riesigen Rückschritt der Erinnerungskultur in Kolumbien. 2019 ernannte Duque den Historiker Darío Acevedo als Direktor des Zentrums für Erinnerungskultur. Acevedo, der als Konfliktleugner gilt, hat seither dafür gesorgt, dass die Arbeit des Zentrums verhindert wird. Acevedo

kritisierte die Arbeit des CNMH und behauptete, dass die Guerrillaorganisation FARC und die kolumbianische Linke die Eigner des Dokumentationszentrums seien. Er verteidigt auch die Meinungen von Rechtsextremisten, die die sozialen, wirtschaftlichen und politischen Gründe des Konfliktes verneinen. Der Konflikt sei für ihn nur ein gerechtfertigter Kampf des kolumbianischen Staates gegen Terrorgruppen und Drogenhändler ohne politische Zwecke. Es gäbe keine Verantwortlichkeit des Staates bei der Forderung von Todesschwadronen, beim Verschwinden-Lassen, bei Repression oder bei außergerichtlichen Exekutionen. Dieser Kampf hätte auch nichts mit der sozialen Ungleichheit, den illegalen Enteignungen von Gebieten, der Armut in ländlichen Regionen oder der Segregation von indigenen und afrokolumbianischen Gemeinschaften zu tun.

Dies ist kein Zufall. Der Präsident Iván Duque gehört zu der rechtsextremen Partei Centro Democrático, die vom Ex-Präsidenten Álvaro Uribe geführt wird. Es ist kein Geheimnis, dass Uribe nicht nur als Präsident eine wichtige Rolle im bewaffneten Konflikt gehabt hat, sondern auch als Unterstützer der Täter. Es gibt mehr als 70 gerichtliche Untersuchungen gegen Uribe, dem vorgeworfen wird, Verbindungen mit paramilitärischen Gruppen und sogar Drogenhändlern wie Pablo Escobar gehabt zu haben. Uribe ist auch ein Vertreter von Unternehmern und Konzernen, die auch aus politischen Gründen paramilitärische Gruppen gefördert haben. Dabei sollte man sich die Frage stellen, wer hat einen Vorteil von der Veränderung des Narrativen des Konfliktes.

In Kolumbien darf nicht ignoriert werden, dass Machtgruppen wie Viehzüchter oder Konzerne wie z.B. Anglo Gold Ashanti, Drummond Company Inc., Chiquita Brands Interna-

tional und The Coca-Cola Company Todesschwadronen unterstützten, um gewerkschaftliche Organisationen, afrokolumbianischer und indigener Gemeinschaften und andere Zivilgruppen zu unterdrücken. Wenn das Zentrum für Erinnerungskultur in Frage stellt, dass diese Machtgruppen auch eine große Rolle beim Konflikt gespielt haben, ist das ein Rückschritt für den Aufbau des Friedens und den Respekt der Menschenrechte. Niemand leugnet die Rolle von linken Guerrillaorganisationen wie FARC oder ELN im kolumbianischen Konflikt. Warum sollte man die Verantwortung von Rechtsextremen, Paramilitärs und mächtigen Unternehmern verneinen?

Die Erinnerung des kolumbianischen Konfliktes und der Millionen Menschen, die ihm zum Opfer gefallen sind, werden von Acevedo, Duque und Uribe bedroht. Mehrere Opferorganisationen haben sogar angefangen, ihre Aussagen zurückzuziehen, weil sie dem Dokumentationszentrum nicht mehr trauen können. Unter ihnen sind auch Opfer der FARC, die Opfer der Massaker von Bojayá, die auch die Rolle von paramilitärischen Gruppen im kolumbianischen Konflikt deutlich machen und zugleich die Nachlässigkeit des kolumbianischen Staates stark kritisieren.

Was bleibt noch, wenn man die Geschichte einfach verändern kann? Wenn man absichtlich die Teile einer Geschichte streichen darf, die man nicht mag? Wenn man die Erinnerung und die Geschichte so relativieren kann, dass die Opfer als Lügner gelten und die Schuldigen als Opfer?

Auch hier gilt dieses alte Sprichwort, sowohl in Deutschland als auch in Kolumbien: Wer die Geschichte nicht kennt, ist dazu verdammt, sie zu wiederholen.

Adrián Villa

Kreuzworträtsel mit Preisausschreiben

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	
12	13									14	15
16		17			18				19		
20	21			22						23	24
25		26			27					28	
29		30			31		32		33		34
35	36				37	38		39		40	
	41			42							
43			44				45				46
47				48		49			50	51	
52			53		54		55	56			
57				58				59			

Als besondere Erleichterung kann auf jedem einzelnen Feld der Lösungsbuchstabe sowohl waagrecht als auch senkrecht ermittelt werden.

Es gibt auch wieder etwas zu gewinnen:

☯ Ein Jahresabonnement der Zivilcourage, der Zeitschrift der DFG-VK

☯ Ein Jahresabonnement der Zeitschrift Graswurzelrevolution

Und so kann gewonnen werden:

Das Lösungswort (graue Felder) bis zum 30. November 2020 schicken an

DFG-VK Mainz, Bürogemeinschaft, Walpodenstr. 10, 55116 Mainz, oder an dfgvkmz@web.de.

Bitte Absendeadresse nicht vergessen und bitte auch angeben, welcher Preis gewünscht wird.

gl

Waagrecht

1 Krieg ist der größte ...

12 Unter diesem Namen soll nach dem Willen der dortigen separatistischen Bewegung der englischsprachige Teil von 1 senkrecht unabhängig werden.

14 „Tödlichstes Unternehmen Deutschlands“ Abk. mit & zwischen den Buchstaben. Wurde vom DFG-VK Bundessprecher Jürgen Grässlin wegen illegaler Waffenexporte nach Mexiko verklagt und dafür verurteilt.

17 Männlich: im Deutschen Pronomen, im Türkischen Substantiv

18 Bengalischer Literaturnobelpreisträger

20 Seine Menschenrechtskonvention verbietet Zwangsarbeit und Sklaverei, macht aber eine Ausnahme für Militärdienst und Militärsatzdienst.

23 Internet-Adresse (Abk.)

25 Hauptstadt der Oberpfalz (Kfz-Kennzeichen)

26 Soll tatsächlich als Abk. für „all correct“ entstanden sein.

27 Englisch: Drachen

28 US-Bundesstaat (Abk.) in Neuengland; dort erste Primary im Präsidentschaftswahlkampf

29 Für Atombomben wichtiges Element (Elementzeichen)

30 Türkisch: weiß, rein. Lächerlich wird's, wenn sich die Regierungspartei wegen der ersten beiden Buchstaben ihrer Abk. als „reine“ Partei darstellt.

31 Staat (Kfz-Kennzeichen), dessen Regierung keineswegs in den 1. Weltkrieg „hineinschlitterte“, sondern mit beiden Seiten verhandelte, und dann erst Partei ergriff und seine männliche Jugend zum Sterben auf die Schlachtfelder schickte.

32 Solche mörderischen Boote werden zahlreich von Deutschland aus in alle Welt geliefert.

33 MCDXLIX - MCDXLVIII = ?

34 Land (Kfz.-Kennzeichen), erschüttert von einem Ibiza-Video

35 Dieser literarische Kapitän von Jules Verne reiste unter Wasser.

37 Vor 8000 Jahren dort noch Landverbindung nach England

41 Statt AD (Anno Domini) für n.Chr. gibt's im Englischen nun die Common Era (Abk.).

42 Partnerstadt von Mainz mit DFG-VK-Partnerorganisation „antimilitaristes-moc“ (MOC

= Moviment d'Objecció de Consciència)

43 Vom Gipfel ins Tal

45 Im August 1939 war dies der 2. Weltkrieg.

46 Stadt (Kfz-Kennzeichen) der Stunksitzung

47 Institut für vergleichende Irrelevanz (Abk.) Kein Witz: Das gab's in Frankfurt.

48 Lateinisch: wir, uns. „A furore normannorum, libera ..., domine“ betete man, als unfriedliche Nordmänner auftauchten.

50 Mit Opium wollten die Briten für dieses Genussmittel und andere in China erhältliche Waren zahlen. Eine der Ursachen des 1. Opiumkriegs.

52 Japanischer Frauename.

54 Mit der Zerstörung dieser belgischen Stadt (frz. Name) und vor allem ihrer Universitätsbibliothek erwarben sich die Deutschen im 1. Weltkrieg die Charakterisierung als „Hunnen“. Die mit Spenden aus aller Welt wiederaufgebaute Universitätsbibliothek wurde im 2. Weltkrieg von der Wehrmacht erneut zerstört.

57 Dorthin reiste von Bagdad aus Kara Ben Nemsî in Band 3 der Gesammelten Werke.

59 „... gratia artis“ steht im Löwen-Logo von MGM.

Senkrecht

- 1 Afrikanischer Staat, einst deutsche Kolonie, mit frankophonem und anglophonem Landesteil, autoritär regiert, mit etlichen politischen Gefangenen, auch aus 12 waagrecht.
- 2 Auch in dieser westhessischen Stadt (Kfz-Kennzeichen) musste 2020 der Ostermarsch wegen der Corona-Pandemie ausfallen. Nein, Wiesbaden ist nicht gemeint.
- 3 Hispanoamerika + Lusoamerika = ?
- 4 Auch hier in Nordafrika wurde 2019 der Zwang zum Militärdienst eingeführt, der als besonders hart gefürchtet ist, unter anderen werden die Zwangsrekrutierten zum Minenräumen eingesetzt.
- 5 Südwestrheinheinisches Kfz-Kennzeichen
- 6 Hauptstadt von Sabah
- 7 Im Norden Finnlands am gleichnamigen See
- 8 „ß“ zählt zu ihnen.
- 9 Bürger eines südostasiatischen Staats

- 10 Dort (Kfz-Kennzeichen) liegt 42 waagrecht.
- 11 „Völkermühle Europas“ (Zuckmayer)
- 15 Abk. für tausendfach in Maßeinheiten
- 19 Währungssymbol, sowohl während der Apartheid als auch in der nachfolgenden demokratischen Regenbogennation.
- 21 Im Birmanischen Ehrentitel vor Namen, wie bei Thant, dem dritten UN-Generalsekretär.
- 22 Associação Livre dos Objectores e Objectoras de Consciência heißt in diesem Land (Kfz-Kennzeichen) die Partnerorganisation der DFG-VK.
- 24 Friedliche und wohlhabende Gastgeber Odysseus' kurz vor dem Ende der Odyssee
- 33 Babylonische Göttin mit Tor in Berlin
- 36 Unter ihm eroberte die Türkei 1974 Nord-Zypern, das bis heute türkisch besetzt ist.
- 38 Einst Hauptstadt (Kfz-Kennzeichen) eines Landes, das in Niedersachsen aufging.
- 39 Hinterlässt genetische Spuren (Abk.)

- 40 Der Streit, an welchem Ende man es aufschlagen soll, führte zu Krieg zwischen Blefuscu und Lilliput.
- 42 See und Stadt in der Türkei; Stadt unter Zwangsverwaltung, seitdem die Regierung die frei gewählte, der HDP angehörende, Bürgermeisterin abgesetzt hat.
- 43 Engl.: Befangenheit, Neigung, Voreingenommenheit
- 44 Tausendstel kg.
- 49 Römischer Sonnengott. ... invictus
- 51 Weil dies schmilzt, wollte Trump, der sonst den Klimawandel leugnet, im geopolitischen und militärischen Konkurrenzkampf um die Arktis sogar Grönland kaufen.
- 53 Hinduistisch-buddhistische heilige Silbe
- 55 Niederländisch: „Sie“
- 56 Frz., span., ital.: er/sie/es geht
- 58 Staat (Kfz-Kennzeichen), entstand 1830 durch Abspaltung von den Niederlanden.

Neu: Fusion der DFG-VK-Gruppen Mainz und Wiesbaden zur Gruppe DFG-VK Mainz-Wiesbaden

Die Mainzer und die Wiesbadener Gruppe haben sich zur DFG-VK Mainz-Wiesbaden zusammengeschlossen. Angesichts der engen Zusammenarbeit der vergangenen Jahren wie zum Beispiel den alternierenden Ostermärschen, der gemeinsamen Radiosendung, bei Infoständen und beim Friedlicht ein konsequenter Schritt. Zum Gebiet der neuen DFG-VK-Gruppe gehören Rheinhessen, der Rheingau und der Raum Rüsselsheim.

Dies ist ein sehr großer Bereich, und wir werden versuchen, die auf uns zukommende Arbeit auch weiterhin zu stemmen. Natürlich freuen wir uns aber auch über Menschen, die Lust haben in ihren Städten, Verbandsgemeinden oder gar Kreisen eigenständige, lebendige und friedenspolitisch aktive DFG-VK-Gruppen zu gründen. Unsere Unterstützung hättet Ihr!

Mehr Information über die Arbeit der Gruppe, wie bisher schon im Internet: www.dfg-vk-mainz.de

Frauen schaffen Frieden Veranstaltungsreihe der Projektgruppe Zivile Konfliktbearbeitung Rhein-Main

Vor 20 Jahren verabschiedete der UN-Sicherheitsrat die Resolution 1325 „Frauen, Frieden und Sicherheit“. Unter den Stichworten Prävention, Partizipation und Protektion sollen Frauen und Mädchen besser vor geschlechtsspezifischer und sexualisierter Gewalt in bewaffneten Konflikten geschützt werden und gleichberechtigt an Friedensprozessen teilhaben. Die Veranstaltungen beleuchten an konkreten Beispielen die Rolle(n) von Frauen in der zivilen Konfliktbearbeitung, diskutieren Hindernisse und Fortschritte in der Umsetzung der Resolution und erarbeiten konkrete Handlungsmöglichkeiten.

Ein Termin der Reihe stand bei Redaktionsschluss fest:

Frauen in der Menschenrechtsarbeit: Der Kampf gegen Verschwindenlassen und Straflosigkeit. Referentin: Barbara Lochbihler.

Freitag, 6. November 2020, 17-19.30 Uhr,
Landeszentrale für politische Bildung Rheinland-Pfalz, Am Kronberger Hof 6, Mainz

Weitere Termine ab September:
<http://www.gewalt-loest-keine-konflikte.de>
<http://www.dfg-vk-hessen.de/bildungswerk>

Türkei: „Der Widerstand für Gerechtigkeit und Frieden muss gewaltfrei sein“

Bewaffnete Übergriffe oder andere Formen von Gewalt auf der ganzen Welt sind die ersten Nachrichten des Tages. Gewalt ist das Hauptproblem von heute wie gestern. Und immer wieder ist die grundlegendste Frage: Ist die Sprache mächtiger oder die Sprache der Macht? Ich werde heute nach Antworten darauf suchen.

Gewalt ist die schrecklichste Handlung, die der Mensch gelernt hat und die jeden Tag reproduziert wird. Sowohl Frauen als auch Männer entwickeln mit großem Aufwand Mittel um Gewalt anzuwenden. Krieg ist eine Form der Barbarei.

Mit der Kriegsbegeisterung, mit Kriegstrommeln und Todesfallzahlen wird jeder Wille ausgelöscht. Was geschieht, wenn der eigene Wille verschwindet? Erst entsteht ein Versprechen. An wen? Dies ist manchmal ein Regierungsgremium, manchmal ein Generalsekretär,

manchmal eine Person. Diese Person oder Gruppe führt Krieg im Namen der Gesellschaft. Sie beansprucht, den Krieg für die Gesellschaft fortzuführen. Aber dies ist eine Lüge; Krieg bringt der Gesellschaft nichts. Krieg macht entweder die Menschen arm oder gewissenslos. Der eigene Wille verschwindet, alle übertragen ihre Rechte an den Führer. Warum passiert das?

Es gibt dafür zwei Gründe: 1. Weil die Person glaubt, dass es ein lebensnotwendiger Krieg ist und der Führer die beste Strategie habe; 2. Selbst wenn die Person dagegen ist, kann ihre Stimme aufgrund der Kriegsbegeisterung nicht gehört werden oder sie wird zum Stillschweigen gebracht. Daraus entwickelt sich eine Herrschaft der Angst.

Ist Krieg oder Gewalt wirklich lebensnotwendig? Meiner Meinung nach NEIN! Das

schlimmste und dreckigste von Menschen Gemachte ist Krieg und Gewalt!

Was ist die wichtigste Handlung, um eine Gesellschaft aufrechtzuerhalten? Um den Fortbestand einer Gesellschaft sicherstellen zu können, ist es meiner Meinung nach am wichtigsten einen Konsens herzustellen. Heutzutage ist der größte und starrste gesellschaftliche Machtapparat der Staat. Und der Staat ist ein schwieriger Machtapparat.

Was aber einen Staat aufrecht erhält, ist nicht der Machtapparat, sondern Konsens. Wenn der Konsens aufgekündigt wird, wird sich der Machtapparat in dem betreffenden Staat auflösen, egal wie stark er ist. Und es ist auch nicht möglich, auf Dauer eine Gesellschaft über solch einen Machtapparat zusammenzuhalten. Das geht nicht in einer Familie, und es funktioniert auch nicht in einer Gesellschaft.

Türkei:

Krieg, Gewalt und Repression - Kein Ende in Sicht? Veranstaltungsreihe im Herbst mit Halil Savda

Halil Savda ist ein aus Cizre stammender Kriegsdienstverweigerer und Journalist. Er ist bekannt geworden durch den von ihm initiierten Friedensmarsch von Roboski nach Ankara im Jahr 2012. 2017 musste er aufgrund von verschiedenen politischen Strafverfahren nach Zypern fliehen, wo er Asyl erhielt. (siehe Friedlicht Nr. 62/2018)

Das DFG-VK Bildungswerk Hessen und Connection e.V. hatten die Veranstaltungsreihe bereits für März und April vorbereitet und Veranstaltungen in Wiesbaden, Mainz, Worms, Darmstadt, Celle, Bremen und Wien angekündigt. Halil sollte auch bei den Ostermärschen in Wiesbaden und Frankfurt sprechen. Wegen der Corona-Pandemie mussten wir das alles verschieben. Nun wollen wir Halil für **September und Oktober einladen**.

Die Termine werden wir rechtzeitig bekannt geben:

www.dfg-vk-mainz.de

Zum bewaffneten Widerstand in der Türkei und Syrien, zur aktuellen Situation in der Türkei, zu Perspektiven des Zivilen Ungehorsams und zur Kriegsdienstverweigerung hatte Halil Savda im November 2019 in Frankfurt referiert. Hier Auszüge aus seinem damaligen Vortragstext.

Um sich gegen die Kräfte des Staates zu stellen, sollte jedoch nicht ein neuer Machtapparat entstehen. Was passiert denn, wenn dies geschieht? Insbesondere hat das zwei Folgen: 1. Wird die Grausamkeit und Macht legitimiert, mit der das Monopol von Tyrannei und Gewalt aufrechterhalten wird und 2. wird der bestehende Machtapparat imitiert. Beides wirft eine Gesellschaft zurück, es wäre eine Sackgasse. Dafür gibt es viele Beispiele.

„Syrien: Ein Land wurde zerstört“

Das aktuellste Beispiel können wir heute in Syrien sehen. Der Widerstand gegen das Assad-Regime war zunächst unbewaffnet und legitim! Als Assad versuchte, den Widerstand gewaltsam zu brechen, bewaffneten sich auch die Aufständischen. Im Ergebnis konnte Assad das Land nicht mehr regieren und war dazu gezwungen, sein Militär aus drei Vierteln des Landes vor allem nach Damaskus zurückzuziehen. Die Widerstandskräfte stießen nach. Und nun traten IS, al Nusra und Ahrar auf, barbarische Organisationen. Und warum ist das passiert? Weil sich Widerstand bewaffnete!

Bei einem demokratischen, unbewaffneten

Widerstand hätten IS-ähnliche barbarische Organisationen nicht so herauskommen können. Selbst wenn solche Organisationen entstanden wären, hätten sie im Land nicht wirksam agieren können. All diese Toten. Und ist Assads Regierung gestürzt? Tatsächlich hat sich Assad in den letzten neun Jahren erholt und ist heute der stärkste im Land.

Wie sieht es heute in Syrien aus? Wir kennen nicht die genaue Zahl der Toten, aber es wird von 400.000 ausgegangen. Es gibt viele Kriegsversehrte, ein Drittel der Bevölkerung hat das Land verlassen und ist in Länder ausgewandert, die sie nicht kennen. Eine Gesellschaft ist korrupt geworden und verarmt. Ein Land wurde zerstört.

„In der Türkei herrscht ein ungerechtes und rassistisches Regime“

Ich sehe Ähnliches in meinem Land Türkei, obwohl die Krise in Syrien heute viel stärker ist. In der Türkei existiert ein anmaßendes, ungerechtes und rassistisches Regime. Der türkische Präsident Erdoğan arbeitet partnerschaftlich mit islamistischen Organisationen zusammen. Erdoğan's mentale Struktur ähnelt sehr den Ideen von IS-ähnlichen Organisationen.

Erdoğan bezog sich von Beginn an mit seinen rassistischen und islamistischen Positionen auf die Vorgeschichte der Republik Türkei, auf das Osmanische Reich.

Angesichts dieser ersten Jahre einer nationalistischen und islamistischen Republik in der Türkei unter Erdoğan formte sich im Westen und im Osten des Landes eine Widerstandsbewegung gegen die rassistische Regierung. Dieser Widerstand war von Anfang an bewaffnet.

Es wäre falsch, den Beginn des bewaffneten Widerstandes in den von der PKK durchgeführten bewaffneten Aktionen 1984 zu sehen. Bereits seit fast 100 Jahren gibt es bewaffneten Widerstand. Es ist aber mehr eine Art Teufelskreis. Was hat die staatliche Gewalt auf der einen Seite und der bewaffnete Widerstand auf der anderen Seite der Türkei gebracht? Bis heute nichts.

Das Regime ist nach wie vor autoritär, rassistisch, unfair und tyrannisch. Der bewaffnete Widerstand hat keinen Zoll geändert am rassistischen Islam und der Republik Türkei. Die Richter hängen an den Lippen von Erdoğan.

Das Parlament ist zu einer Genehmigungsbehörde für die Beschlüsse eines einzelnen Mannes geworden. Kritik und Widerspruch sind verboten. Werden wir zu dieser Tyrannei und Gewalt schweigen? Selbstverständlich NEIN!

Der Widerstand basiert jedoch auf Gewalt und die am Rande dieses Widerstandes aktiven Organisationen haben immer wieder verloren. Aber was machen wir dann? Wir müssen versuchen, gewaltfreie Widerstandsmethoden auszuprobieren und weiterzuentwickeln.

Die AKP hat 2002 die Regierung übernommen.

Es war eine Periode, in der reformistische konservative Kräfte weltweit an die Macht kamen. Es gab in dieser Zeit einige Entwicklungen bis zum Jahr 2013. Zu Newroz 2013 fand es sein Finale. Der Staat empfing Abdullah Öcalan als Gesprächspartner, den in Haft befindlichen Führer der kurdischen Bewegung und erklärte, ein Lösungsprozess sei eingeleitet worden. Hätte sich das wirklich so entwickelt, wäre das staatliche System, das auf Leugnung und Gewalt in der Kurdenfrage beruht, aufgelöst worden. Auch der bewaffnete Widerstand, der 1984 begonnen hatte, wäre zu Ende gegangen.

Und dann?

Die Verhandlungen wurden im April 2015 abgebrochen. Die Absicht und die Pläne von Erdoğan und AKP, die auf Intoleranz und Gewalt zielten, wurden 2013 von der gewaltfreien Bewegung gesehen. Öcalan und die Kurdenbewegung vertrauten jedoch weiterhin Erdoğan und dessen Partei und führten das Geschäft fort, um das Problem zu lösen. Zum ersten Mal traf sich das Anliegen von Öcalan mit der Regierungspartei und der Öffentlichkeit. Das war wertvoll. Es war eine große Chance aus der Sackgasse der türkischen Leugnung und des bewaffneten Widerstands herauszukommen. Diese Gelegenheit wurde jedoch durch gegenseitig falsche Strategien verspielt. Danach folgten schwere gewalttätige Auseinandersetzungen.

Bei den Parlamentswahlen am 7. Juni 2015 konnte die HDP 13% der Stimmen erhalten, ein großer Erfolg. Obwohl die AKP damit die absolute Mehrheit verlor, blieb sie weiterhin stärkste Kraft. Die Gesellschaft belohnte die beiden Akteure und sagte "Einigt Euch". Aber sie kamen nicht zusammen. Die AKP und ihr Führer Erdoğan akzeptierten die Ergebnisse nicht; in Ankara und Suruç wurden Bomben gezündet.

Die Macht leugnete das Ergebnis und aktualisierte das Konzept des Krieges. Verhaftungen und Militäreinsätze nahmen zu. Mit einer neuen Strategie begann die kurdische Bewegung faktisch die Macht in den Städten zu übernehmen. Es wurden Schützengräben ausgehoben. Das war eine neue Situation! Kurdische Jugendliche standen bewaffnet hinter den Schützengräben. Die kurdische Jugend war begeistert und sie hatte recht. Aber Recht zu haben, erfordert keine Bewaffnung. Die bewaffneten kurdischen Jugendlichen konnten in den Städten keinen Erfolg erringen. Ganz im Gegenteil, die Gräben sind die wesentlichste Ursache für den Bruch der Bewegung und den Stillstand der letzten fünf Jahre. In Cizre wurden von der AKP-Regierung 300 Kurden hingerichtet. In anderen Städten wie Sur, Nusaybin, Şırnak, Yüksekova, İdil, fand Ähnliches statt. Die AKP hat live im Fernsehen gesendet, wie Massaker in den Kellern von Cizre verübt wurden. Und die Gesellschaft hat nichts gegen die Gewalt der AKP-

Macht unternommen. Die gegenseitige Gewalt nimmt die Gesellschaft gefangen. Wenn auf den Straßen eine Waffe explodiert, kann man niemanden mehr herausholen. Die Schützengräben zerstörten den Widerstand der kurdischen Gemeinschaft. Die zivile Protestbewegung auf den Straßen war gebrochen.

Nachdem für die AKP die Politik der Gewalt relativ erfolgreich lief, wandte sich die Regierung ihren Partnern zu. Mit dem Staatstreue am 15. Juli zerschlug Erdoğan die Opposition. Nun stellte er die Regierung per Dekret unter seine Macht, hebelte über Dekrete mit Gesetzeskraft die Justiz aus und machte sich zum Gesetzgeber. Ungezügelter Willkür machte sich breit, eine anmaßende Regierung und Ungerechtigkeit. Erdoğan hat eine tyrannische Politik zum grundlegenden Element erst für Innen- und dann für die Außenpolitik gemacht.

Das Ergebnis ist, dass die Regierung unter Erdoğan Efrin, Serékanî und Gire Spî besetzte. Und die Angriffe auf Nordsyrien gingen weiter. Nun gibt es dort zwei aktive Militärstreitkräfte. Eine Struktur mit Namen Syrische Nationale Armee und die türkische Armee der AKP-Regierung. Ich nenne das RETAPO (Recep Tayyip Armee).

Wir alle haben die Aktivitäten der RETAPO schon in der Nacht des 15. Juli auf der Bosphorusbrücke live verfolgen können. Jungen Männern wurden die Kehlen durchschnitten. Überall gab es eine Art bewaffnete Miliz. Mit der Invasion von Rojava wurde diese zivile bewaffnete Miliz unter dem Namen Syrische Nationale Armee offiziell, eine Art Bande, von dem Kommandeur der türkischen Bagdad-Mission geleitet und geschützt.

Die Hauptaufgabe von RETAPO ist es, durch Angst und Tod die Zukunft von Erdoğan sicherzustellen. Mit der RETAPO bedroht Erdoğan eindeutig die Welt. „Ich werde die Türen öffnen“, sagt er. Für wen? Für die Mörder vom IS. Damit ist die Herrschaft von Erdoğan der Beginn einer großen Bedrohung der Türkei und der Welt. So wie die Gesellschaft gestrickt ist, verschärft sich die Tyrannei. Es regiert eine Art von Teufelsmacht.

„Widerstand muss gewaltfrei sein“

Ohne Widerstand werden wir keine Gerechtigkeit, keinen Wohlstand und Frieden erreichen können. Dieser Widerstand muss jedoch gewaltfrei entwickelt werden. Er kann gewoben werden mit Empathie, guter Beobachtung, Forderungen, Geduld und Mut.

Wenn diejenigen, die Gerechtigkeit und Freiheit wollen, nicht in ihrem Widerstand die gewünschte Entwicklung aufzeigen, kann es keinen Erfolg geben. Es ist notwendig, die ge-

wünschte Gerechtigkeit, Freiheit und Frieden bereits in der Strategie des Kampfes zu leben.

Was ist das Erstaunliche der Antikriegsarbeit? Wenn ihr mich fragt: die Kenntnis der Bedeutung von Gewaltfreiheit. Drei Millionen Menschen aus der ganzen Türkei gingen im Rahmen der Gezi-Park-Proteste gegen die Regierung auf die Straße. Trotz der Gewalt der Sicherheitskräfte griffen die Aufständischen nicht zur Gewalt. Es ist großartig. Dieser Prozess begann auf dem Taksim-Platz in Istanbul, wo ein Mann ganz alleine stand und protestierte. Diese Aktion verbreitete sich über die ganze Türkei. Es war sowohl kreativ als auch effektiv. Der Widerstand wird weiter geführt. Wenn er in gleicher Intensität geführt würde, könnte er zu einer freien und demokratischen Türkei führen. Seit 764 Wochen protestieren die Samstagmütter auf dem Galatasaray-Platz in Istanbul für ihre Kinder und Väter. „Findet die Vermissten, die Täter sollen verurteilt werden“, mit diesen Forderungen kommen sie zusammen. Sie geben nicht auf. Sie sind hartnäckig und trotzen Verhaftung und Verbot. Die Aktion der Samstagmütter hält die Forderung nach Gerechtigkeit aufrecht und entlarvt die Täter. Wenn es Punkte des Widerstandes in der Gesellschaft gibt, die angesichts der Tyrannei unbeugsam sind, dann haben die Samstagmütter daran den größten Anteil.

„Drei Soldaten hielten mich am Arm fest“

Ich möchte Ihnen ein Beispiel von Gewalt und Gewaltfreiheit in der Militärfestung aus dem Jahr 2007 schildern. Die Uhr zeigte 22.00 Uhr an. Drei Soldaten hielten mich am Arm fest und drehten mein Gesicht zur Wand. Es war im Zentralkommando in Tekirdağ. Das Wetter war extrem kalt. Ich glaube es war Februar. Ich stand drei oder fünf Minuten still. Dann fing jemand an, gegen meine Beine zu treten. Er fluchte laut. Es war der Gefängnisdirektor im Zentralkommando.

Dann schlug jemand meinen Kopf an die Wand. Meine Hände waren frei. Zwei, drei Tritte, ein oder zwei Schläge. Ich tat nichts. Ich verließ mich selbst. War das eine Art Kapitulation? NEIN.

Nachts war es stockfinster, und es waren nur vier Soldaten in der Nähe. Trotzdem rief ich:

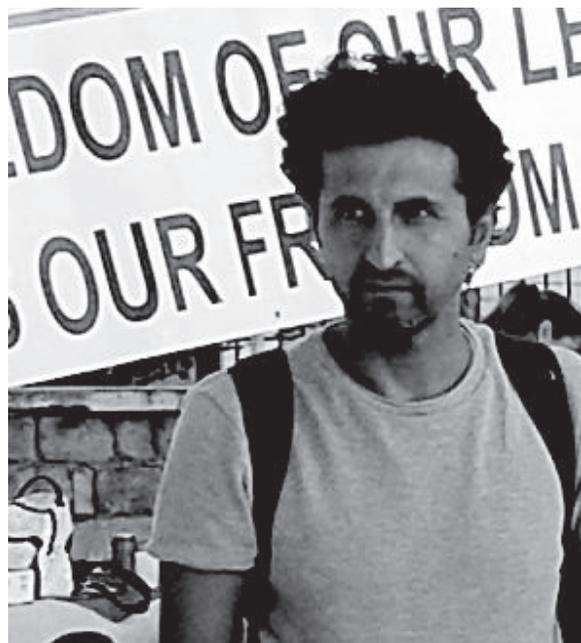


Foto: Gernot Lennert

„Menschenwürde schlägt Folter“ Dann zerrten sie mich in einen Raum. Sie wollten, dass ich eine Uniform trage und meine Haare schneiden lasse. Was habe ich gegen die Gewalt getan? Ich lehnte immer wieder ab. Ich habe die Uniform nicht getragen. Ich habe mich geweigert, mir vom Militär die Haare schneiden zu lassen.

2004 hatte ich meine Kriegsdienstverweigerung erklärt. Als ich es tat, nahm mich das Militärgericht fest. Ziel war es mich zu brechen. Ich blieb 17 Monate im Militärgefängnis und wurde monatelang in einer Zelle gehalten. Trotzdem weigerte ich mich, Waffen und Uniform zu tragen.

„Kriegsdienstverweigerung ist ein Beispiel gewaltfreier Praxis“

Seit 1989 gibt es in der Türkei Kriegsdienstverweigerer. Sie bestehen auf Gewaltfreiheit als Widerstandsform gegen Gewalt und Repression des Staates. Das Verhalten von Kriegsdienstverweigerern ist ein wunderbares Beispiel gewaltfreier Praxis. In der Türkei ist die Kriegsdienstverweigerung eine kostbare Aktionsform des Antimilitarismus.

Das beste Beispiel für eine antimilitaristische Haltung ist der Slogan: „Wir werden nicht töten, wir werden nicht sterben, wir werden niemandes Soldat sein“. Die Kriegsdienstverweigerer wurden nicht durch Militarismus und Militärdienst besiegt. Denn trotz des Drucks des militaristischen Staates und seiner Justiz ist die Praxis der Verweigerung lebendig. Kriegsdienstverweigerer leben ihre gewünschte Zukunft als Praxis schon jetzt.

Halil Savda

Internet

DFG-VK Mainz: www.dfg-vk-mainz.de
DFG-VK Hessen: www.dfg-vk-hessen.de
DFG-VK Rheinland-Pfalz: www.dfg-vk-rlp.de
www.facebook.com/DFGVKRheinlandPfalzundHessen

DFG-VK bundesweit: www.dfg-vk.de
War Resisters' International: www.wri-irg.org

Beratung

für ausländische Kriegsdienstverweigerer(-innen), Kriegsdienstflüchtlinge und Deserteure(-innen):

Connection e.V.,

Von-Behring-Str. 110, 63075 Offenbach
Tel. 069-82 37 55 34, Fax 069-82 37 55 35,
office@Connection-eV.de
www.Connection-eV.de

Beratung für US-Militärangehörige GI Café & Military Counseling Network

gi-cafe-germany@gmx.net
GI-Rights-Hotline Tel. 0151-56727550
theclarifyingbarrel.blogspot.com
www.facebook.com/Military-Counseling-Network-eV-56046583423

Radiosendung "Pazifissimus"

der DFG-VK Mainz-Wiesbaden läuft an jedem zweiten Mittwoch von 18 bis 19 Uhr (in ungeraden Kalenderwochen) im Rahmen des Programms von Radio Quer im Wiesbadener Lokalradio auf 92,5 MHz.

Digitalradio: DAB+ Kanal 12C - im vierteljährlichen Wechsel mit Radio Rüsselsheim,

übers Internet: www.radio-rheinwelle.de

Aktionspräsenz gegen Atomwaffen in Büchel

Zum fünften Mal demonstriert auch 2020 die Friedensbewegung mit einer mehrwöchigen Aktionspräsenz gegen die Atomwaffen in Büchel. Geplant waren wieder 20 Wochen für die dort lagernden 20 Atomwaffen, vom 26. März, dem Tag des nie umgesetzten Bundestagsbeschlusses von 2010 gegen die Atomwaffen in Büchel, bis zum 9. August, dem Jahrestag des Atombombenangriffs auf Nagasaki 1945. Wegen der Corona-Pandemie beginnen die Aktionen jedoch erst am 20. April (Stand bei Redaktionsschluss).

Während der gesamten Aktionspräsenz wechseln sich Gruppen und Organisationen ab, um einen permanenten Protest in Büchel gegen Atomwaffen zu gewährleisten.

buechel-atombombenfrei.jimdo.com
www.dfg-vk-rlp.de

Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen Sektion der War Resisters' International (WRI)

Kontaktadressen & regelmäßige Termine der DFG-VK im Bereich der Landesverbände Hessen und Rheinland-Pfalz

Landesverband Hessen, Landesverband Rheinland-Pfalz & DFG-VK Bildungswerk Hessen e.V.
Mühlgasse 13, 60486 Frankfurt.

Tel. 0 69/43 14 40

www.dfg-vk-hessen.de, dfgvkessen@t-online.de

Ahr-Rhein-Eifel: c/o Wolfgang Huste (Antiquariat Huste),
Telegrafienstraße 16,
53474 Bad Neuenahr-Ahrweiler.

Tel. 0 26 41/8 29 05 28, whuste@aol.com

Aschaffenburg: (das liegt zwar in Bayern, zählt aber DFG-VK-mäßig zu Hessen) c/o Gunnar Schedel (Alibri Verlag),
Hangstr. 3, 63768 Hösbach.

Tel.: 0 60 21/6 26 25 60, verlag@alibri.de

Bad Kreuznach: c/o Jürgen Locher, Sigismundstr. 12,
55543 Bad Kreuznach. juergenlocher@superkabel.de,
Tel. 06 71/6 28 78

Darmstadt: c/o Michael Bauer,
Gerhart-Hauptmann-Str. 47, 64291 Darmstadt.

DFGVKDarmstadt@aol.com,

www.dfg-vk-darmstadt.de

Gruppentreffen: dienstags 20.00 Uhr,

Bessunger Knabenschule, Ludwigshöhstr. 42

Mitglied im Darmstädter Friedensbündnis, Treffen am 1. u. 3. Montag im Monat, 19 Uhr, Halkevi, Luisenstr. 2

Frankfurt: Mühlgasse 13, 60486 Frankfurt.

Tel. 0 69/4 98 03 94, dfgvkffm@t-online.de

Pazifistischer Ratschlag: unregelmäßig ca. einmal im Monat. Genauen Termin bitte erfragen.

Kriegsdienstverweigerungsberatung nach Vereinbarung

Friedberg: c/o Bernd Baier, Hintergasse 27,
61169 Friedberg. dfgvk-friedberg@web.de

Kassel: Annastr. 11, 34119 Kassel.

Tel. 05 61-89 30 27, kassel@dfg-vk.de

Lahn-Dill: c/o Martin Otto, Frankenstr. 77, 35578 Wetzlar.

Tel. 0 64 41/2 54 62, mo-wz@gaaa.org

Mainz-Wiesbaden: c/o Bürogemeinschaft,
Walpodenstraße 10, 55116 Mainz.

Gruppentreffen: 1. Montag und 3. Donnerstag im Monat,
19,30 h, dfgvkmz@web.de, www.dfg-vk-mainz.de

Radiosendung: Pazifissimus - Mittwochs in ungeraden Kalenderwochen 18 bis 19 Uhr im Wiesbadener Lokalradio auf 92,5 MHz.

Marburg: Postfach 1246, 35002 Marburg.

Tel. 0 64 21/2 17 83, dfgvk@lahn.net,

Kontakt zur Gruppe/Gruppentreffen: jeden 1. und 3.

Mittwoch im Monat um 18.30 Uhr, bei Radio Unerhört

Marburg, Rudolf-Bultmann-Straße 2b, 35039 Marburg.

Radiosendung: KALASCHNIKOV - das Magazin für militanten Pazifismus.

Jeden 1. & 3. Mittwoch 19-20 Uhr, Wiederholung am folgenden Donnerstag ab 6 Uhr, Radio Unerhört Marburg UKW 90,1 MHz

Offenbach: c/o Franz Nadler, Riethgasse 4, 63075 Offenbach. Tel. + Fax: 0 69/81 51 28,

office@Connection-eV.de

Pfalz: c/o Bettina Seckler, Künstlerkolonie 10,

67471 Elmstein. Tel. 0 63 28/98 99 07,

dfg-vk-mittelpfalz@gmx.de

Trier: c/o Friedens- & Umweltzentrum, Pfützenstr.1,

54290 Trier. Tel. 06 51/9 94 10 17, buero@agf-trier.de

Westpfalz: klawir@atomstromfrei.de

Wiesbaden: Die Gruppe Wiesbaden wurde mit der DFG-VK Gruppe Mainz fusioniert

Solidarität mit den Gefangenen für den Frieden!

Zum Internationalen Tag der Gefangenen für den Frieden, dem 1. Dezember, bittet die War Resisters' International (WRI, Internationale der KriegsdienstgegnerInnen) alljährlich seit 1956 um Solidarität mit Menschen, die weltweit wegen ihrer Kriegsdienstverweigerung oder ihres Engagements für Frieden inhaftiert sind. Ihre Namen und Gefängnisadressen werden in der Liste der Gefangenen für den Frieden veröffentlicht, die ständig aktualisiert wird:

<https://www.wri-irg.org/node/4718>

Die WRI ruft dazu auf, den Gefangenen Kar-

tengrüße als Zeichen der Solidarität und der Ermutigung in die Haft zu schicken. Selbst wenn die Karten die Adressaten und Adressantinnen nicht erreichen sollten, machen sie deutlich, dass die Gefangenen nicht vergessen sind, was sich auf die Haftbedingungen günstig auswirken kann.

Wir schreiben und verschicken die Karten mit **netten Leuten**, mit **Live-Musik, Filmen und Bildern, Speis und Trank** am **Freitag, 4. Dezember 2020, 19 Uhr**, Bürogemeinschaft, Walpodenstraße 10, Mainz

Die Links zu den Artikeln gibt es auch unter www.dfg-vk-mainz.de/links/fl64

Deutsche Friedensgesellschaft — Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen

Gruppe Mainz-Wiesbaden



c/o Bürogemeinschaft, Walpodenstraße 10, 55116 Mainz
Treffen am 1. Montag und 3. Donnerstag im Monat 19:30 Uhr
Konto 4 006 161 741, GLS-Bank, BLZ 430 609 67
IBAN: DE05 4306 0967 4006 1617 41, BIC: GENODEM1GLS

dfgvkmz@web.de

www.dfg-vk-mainz.de

Informationen der DFG-VK sind oft erhältlich im Cardabela-Buchladen,
Frauenlobstr. 40, Mainz

ViSDP: H. Gewehr, DFG-VK, Bürogemeinschaft, Walpodenstraße 10, Mainz - April 2020